

<b>STELLUNGNAHME zum Ergänzungsantrag</b>  CDU-Gemeinderatsfraktion  vom: 26.06.2012 eingegangen: 26.06.2012	Gremium:	<b>36. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>26.06.2012</b> <b>1119</b> <b>8</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 3</b>
<b>Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen</b>		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, zunächst eine Werbekampagne für pädagogische Fachkräfte durchzuführen und die Erfahrungen auszuwerten. Entsprechend könnten die Ergebnisse in eine gezielte Kampagne für den Alten- und Krankenpflegebereich einfließen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages		nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Der Ergänzungsantrag der CDU verweist darauf, dass auch in anderen Berufen im Sozialbereich, vor allem in der Alten- und Krankenpflege, der Fachkräftemangel die Versorgung in Frage stellen könnte und eine Werbung für diese Arbeits- und Berufsfelder sinnvoll ist. Vorgeschlagen wird, auch alle anderen Berufe im Sozialbereich in die Kampagne für pädagogische Fachkräfte einzubeziehen.

Eine Werbekampagne für Professionelle in einer Kindertageseinrichtung richtet sich an andere Personen als eine an Interessierte für die Alten- und Krankenpflege. Auch bei den Ausbildungswegen, Fach- und Hochschulen sowie bei den Trägern von Kindertageseinrichtungen auf der einen Seite und Krankenhäusern, Senioren-/Pflegeeinrichtungen auf der anderen Seite gibt es nur geringe Überschneidungen. Das Gleiche betrifft die Zuständigkeit innerhalb der Stadtverwaltung Karlsruhe.

Die Planung einer gemeinsamen Werbekampagne würde erhebliche inhaltliche Schwierigkeiten in der Entwicklung und Umsetzung mit sich bringen. Möglicherweise würden die gewünschten Zielgruppen mit mehrdeutigen Botschaften nicht erreicht werden. Außerdem bestünde das Risiko, dass sowohl Träger von Einrichtungen als auch Ausbildungsträger mit unterschiedlichen Zielgruppen und Interessen nicht mehr für eine engagierte Umsetzung der Kampagne gewonnen werden können.

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, zunächst eine Werbekampagne für pädagogische Fachkräfte durchzuführen und die Erfahrungen auszuwerten. Entsprechend könnten die Ergebnisse in eine gezielte Kampagne für den Alten- und Krankenpflegebereich einfließen.